

dungen). – Hier sei nur u. a. berichtet, dass laut Kapitel »Juden« in Köln in die Vernichtungslager gingen: 11 000 Juden, 40–50 überlebten. – Hingewiesen sei besonders auf die »Arbeitsstelle ›Verfolgung und Widerstand‹ beim Stadtdekanat Köln« (Studienrat Bernd Wittschie¹), die das Material über den Kirchenkampf im Erzbistum Köln sammelte und bereitstellte. Diese Arbeitsstelle errichtete auch im Westchor der Georgskirche eine Gedenkstätte für im Widerstand gegen die NS getötete Katholiken im Erzbistum Köln, die bis Ende 1974 geöffnet blieb. Sie zeigte auf 17² in einem Halbkreis aufgestellten Tafeln Fotografien der Getöteten. Diese Abbildungen beschließen den inhaltreichen Katalog. G. L.

¹ S. u. S. 125 f.

² Zwei weitere Opfer wurden bei späteren Nachforschungen entdeckt.

HELMUT WITETSCHKE (Bearb.): Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943. III: Regierungsbezirk Schwaben. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern. Reihe A: Quellen Bd. 14.) Mainz 1971. Matthias-Grünwald-Verlag XXIV, 285 Seiten.

Mit dem neuesten Buch von Helmut Witetschek veröffentlichte die Kommission für Zeitgeschichte ihren 14. Quellenband. Das sollte Veranlassung sein, der Rezension des Buches selbst einiges über die Bedeutung der Arbeit dieser Kommission für Zeitgeschichte voranzustellen.

Nach Vorüberlegungen in den fünfziger Jahren und nach einer Arbeitstagung im Frühjahr 1961 konstituierte sich im Jahre 1962 (1960/61 waren von Wolfgang Böckenförde kritische Betrachtungen über den deutschen Katholizismus erschienen) bei der Katholischen Akademie Bayerns eine »Kommission für Zeitgeschichte«. Was auf staatlicher Seite mit der Gründung des »Instituts für Zeitgeschichte« (München) und auf evangelisch-kirchlicher Seite mit der Gründung der Hamburger »Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes« 1955 erfolgt war, wurde nun auch auf katholischer Seite vollzogen. Seitdem erschienen beachtenswerte Veröffentlichungen dieser Kommission, und zwar in zwei Reihen: In der Reihe A werden Quellen publiziert (bisher 16), während in der Reihe B Darstellungen und Abhandlungen vorgelegt werden (bisher 15). Die seit 15 Jahren lebhaft, aber nicht immer vorurteilsfrei geführten Diskussionen über das Verhältnis Katholizismus und Nationalsozialismus sollen gerade durch solche Quellener-schliessungen vor dem Hintergrund »Wie es wirklich war« geführt werden. Professor Konrad Repgen, der Herausgeber der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, bemerkt im Vorwort zum Band »Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945« (Bearbeiter: B. Stasiewski) [Vgl. FR XX/1968, S. 134 f.], dass mit vereinfachenden Formulierungen für die Wahrheitsfindung nichts auszurichten sei; wissenschaftlich relevante Antworten bedürften vieler Nuancierungen und Differenzierungen.

Das macht verständlich, dass auf die Quellenpublikation besonderes Gewicht gelegt wird. Die Quellenveröffentlichungen sollen aus der Zeit 1933/45 vor allem drei Problembereiche erhellen helfen: das Verhältnis von Kirchenführung und Regime; katholische Bevölkerung und Nationalsozialismus; katholische Emigration.

Liefern Quellenbände wie z. B. über den Notenwechsel zwischen dem Hl. Stuhl und der deutschen Reichsregie-

rung (Bd. 1 der Reihe A von D. Albrecht, Mainz 1965) oder über die Akten deutscher Bischöfe (Band 5 der Reihe A) Belege über das, was sich »oben« abspielte, also über den Kirchenkampf auf der diplomatischen Ebene, so zeigen die drei Quellenbände von Witetschek, was sich »unten« ereignete: in der Stadt, im Dorf, auf der Strasse; sie geben eine beachtenswerte Antwort auf die Frage, wie sich die katholische Bevölkerung gegenüber den Forderungen und Herausforderungen der Nationalsozialisten verhielt.

Man kannte die Berichte des Aachener Regierungspräsidenten für nur zwei Jahre, nämlich 1934–1936, über die »Volksopposition im Polizeistaat« und glaubte, dass kaum noch namhafte Quellen zu erschliessen seien. Nun ist man dankbar erstaunt, zu sehen, dass Witetschek fortlaufende Monatsberichte von drei bayerischen Regierungspräsidenten vorlegen konnte,¹ so dass trotz kleiner Lücken jeweils ein Gesamtbericht über die kirchliche Lage in diesen Regierungsbezirken vorliegt, und zwar für die zehn Jahre von 1933 bis 1943.

Wie kam er zu diesen Quellen?

Die Regierungspräsidenten Bayerns mussten halbmonatlich, später monatlich dem Innenministerium über die politische, polizeiliche und wirtschaftliche Lage und über besondere Vorkommnisse in ihrem Bezirk berichten. Das war auch schon vor 1933 so gehandhabt worden. Diese Berichte waren folgendermassen gegliedert:

- I. Allgemein politische Lage.
- II. Wirtschaftliche Verhältnisse:
 1. Landwirtschaft
 2. Handel, Industrie und Gewerbe, Arbeitsmarkt.
- III. Sonstige ausserordentliche Vorkommnisse.

Nach dem 1. 8. 1934 wies der Reichsinnenminister die Behörden an, ausserdem jeden Monat eine Gesamtübersicht ausschliesslich über die politische Lage (Lageberichte) an das Reichsinnenministerium einzureichen, und zwar nach folgendem Schema:

1. Allgemeine Übersicht über die innerpolitische Entwicklung im Berichtsmonat.
2. Stand und Tätigkeit der staatsfeindlichen Bestrebungen:
 - a) Marxismus und Kommunismus, SAP.
 - b) Monarchistische Bestrebungen.
 - c) Opposition (Schwarze Front, Tannenbergbund usw.).
3. Kirchenpolitik:
 - a) Evangelische Kirche.
 - b) Katholische Kirche.
 - c) Deutsche Glaubensbewegung.
4. Wirtschafts- und Agrarpolitik.
5. Kulturpolitik (insbesondere Presse).
6. NSDAP und ihre Gliederungen.
7. Juden und Freimaurer.
8. Ausländer, Spionage, Landesverrat.

Ab 1935 war nur alle zwei Monate zur politischen Lage zu berichten; ein Jahr später wurden sie ganz eingestellt, während die normalen Monatsberichte bis 1943 fortgesetzt wurden. Aufgrund welcher Unterlagen verfassten die Regierungspräsidenten bzw. Polizeipräsidenten ihre Berichte? Die örtlichen Parteiführer mit ihren Spitzeln und Zwischenträgern gaben ihre Informationen an die Gemeinden und Gendarmeriestationen weiter; von dort wurden die Landratsämter und von diesen die Regierungen informiert.

Witetschek stellt nun aus diesen Berichten jene Abschnitte zusammen, die sich auf die beiden Kirchen und die

¹ Mit Band 16 der Reihe A legt die Kommission für Zeitgeschichte die Regierungspräsidentenberichte von Niederbayern und Oberpfalz vor (Bearbeiter: W. Ziegler).

sog. Deutsche Glaubensbewegung beziehen, führt durch profunde Einleitungen den Leser an die Quellentexte heran und versieht sie mit einem kritischen Apparat. Zahlreiche Fussnoten erläutern die Zusammenhänge.

Witetscheks erster Quellenband enthält die die Kirchen betreffenden Berichtsteile des Regierungspräsidenten von Oberbayern und der Polizeidirektion München (395 Seiten Quellentexte mit wissenschaftlichem Apparat) [Vgl. FR XVIII/1966, S. 147 f.]; sein zweiter Band liefert die relevanten Berichtsausschnitte des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken. (527 S.) [Vgl. FR XIX/1967, S. 159]. Mit seinem neuesten Band legt *Witetschek* die betreffenden Berichtsteile des Regierungspräsidenten von Schwaben und der Polizeidirektion Augsburg vor.

Dieser dritte Band ist mit 285 Seiten der kleinste. Er enthält 157 Monats- bzw. Halbmonatsberichte und 19 Lageberichte. Ein chronologisches Register stellt sie übersichtlich zusammen und verweist überdies auch auf nur erwähnte Schriftstücke. Ein Personen- und Sachregister hilft dem, der bestimmte Namen oder Geschehnisse sucht. Bereits das Lesen der Registerstichworte vermittelt einen Vorgeschmack von dem, was gegen die Kirchen und das Kirchenvolk von seiten der Nationalsozialisten unternommen wurde:

Aufenthaltsverbot – Aufhebung der Klöster, der Klosterschulen, der konfessionellen Kindergärten, der katholischen Vereine – Ausweisung – Beschlagnahmen – Betätigungsverbot – Verbot von Bittgängen – Entzug der Unterrichtserlaubnis für Geistliche – Deutscher Gruss und Katholischer Gruss – Heimtückegesetz – Kanzelmisbrauch – Redeverbot – verbotene Sammlungen – Schulkampf – Schutzhaft (35 Erwähnungen) – Strafanzeige – Verhaftungen.

86,05 Prozent der Bevölkerung des Regierungsbezirks Schwaben waren römisch-katholisch. Das wird mit Grund dafür sein, dass vornehmlich über die katholische Bevölkerung berichtet wird. Die Berichte zeigen, bunt wie das Leben selbst, die vielfältigen Formen, mit denen der einzelne oder eine Gruppe im latenten Kirchenkampf stand und reagierte. Formen stiller Opposition werden erkennbar: Die betonte Verwendung des althergebrachten »Grüss Gott«, der Eifer des Gottesdienstbesuches (bei dem von der Kanzel das Gewissen geschärft wurde!), und nicht zuletzt die Teilnahme an Bittgängen, Prozessionen und Bekenntnisveranstaltungen. Man spürt, dass die katholische Bevölkerung legale Plattformen benutzte, um ihre innere Gegnerschaft voreinander und den NS zu bekunden. (Bei der Vorbereitung der Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Köln²« wurden zwei Dokumente entdeckt: Im ersten schreibt eine kommunistische Arbeitszentrale des Rheinlandes, dass die »diesjährigen Fronleichnamsprozessionen« stumme, aber unmissverständliche Proteste gegen das Dritte Reich gewesen seien. Aus dem anderen Dokument geht hervor, dass die Kommunisten von Essen aus aufgefordert wurden, an den Fronleichnamsprozessionen teilzunehmen!) So wird verständlich, warum die Regierungspräsidenten auch im Regierungsbezirk Schwaben jedes Jahr darüber berichteten, ob die Fronleichnamsprozessionen ruhig verlaufen seien und ob die Beteiligung hoch war.

Beim Lesen der mit einer formalen Distanz verfassten Berichte wird man der Atmosphäre nationalsozialistischer Innenpolitik gewahr. In dem Masse, in dem die Gläubigen erkannten, dass die Nationalsozialisten die

Kirchen nach einem Sieg beseitigen würden, wurde der Zulauf zu den Gottesdiensten und Prozessionen besonders stark. Die Berichte veranschaulichen, was Gleichschaltung bedeutet. Da wird Schutzhaftantrag gegen einen Pfarrer Josef März gestellt, weil er in der Pfarrkirche bei der Christenlehre den Kindern sagte, dass die polnischen Landarbeiter zum Abendgebet niederknieten; daran sollten sie sich ein Beispiel nehmen! Und dem Ordenspriester Reiner Otto geschieht Ähnliches, weil er in einer Pfarrjugendstunde die Frage, ob die Deutschen zu Gott beten sollen, damit sie den Krieg gewinnen, mit »Nein« beantwortete (beides S. 197). Die Berichte zeigen von der Praxis her, was vom Wesen eines totalitären Staates zu erwarten ist: es wird keine gegnerische Auffassung geduldet und schon gar keine weltanschauliche Haltung, die von ihrem Wesen her das Gegenteil eines solchen Systems ist.

Wie bei den ersten beiden Quellenbänden Witetscheks darf einiges bei der Würdigung der Berichte nicht unbeachtet bleiben: Diese Berichte können kein »geschlossenes Bild über die mittleren und unteren Schichten im Kirchenkampf geben, wie die Theologische Revue (Münster 2/72) meint, so farbenprächtig sie durch die Details auch sein mögen. Warum nicht? Zunächst ist festzustellen: Die Berichte sind die Aussagen *einer* Seite. Zu zweit: Auch die Berichtsverfasser waren nicht völlig objektiv, jedenfalls nicht vollkommen. Angst vor beruflichen Nachteilen oder negativen Einstellungen gegenüber den Kirchen können sich als Färbung der Berichte ausgewirkt haben. Ähnliches gilt von den Spitzeln und kleinen Parteigenossen: Es ist nicht auszuschliessen, dass manch ein Spitzel, manch kleiner Parteiführer und biederer Polizist die tatsächliche Lage so oder so etwas verfälschte: etwa indem er nur weniger Schlimmes berichtete oder Wichtiges herunterspielte. Deshalb sagt D. Albrecht im Vorwort zum ersten Witetschek-Band mit Recht: »Weniger die Urteile der Berichterstatter als die Zusammenstellung zahlloser Vorgänge, die aus den Sachakten zum Teil nachgeprüft werden können, machen den eigentlichen Wert der Monats- und Lageberichte aus.« Schliesslich muss betont werden, dass die Berichte 1943 aufhören. Dieser Umstand ist, je nach dem, welcher Frage man nachgeht, nicht unbedeutend. So hat sich die Hilfe an Juden seitens der kirchentreuen katholischen Bevölkerung gerade in den letzten zwei Jahren gezeigt. Würde man auf diese Frage eine Antwort aus den 17 Stellen, an denen von »Juden« oder von »Rassenideologie« die Rede ist, herleiten, sie müsste ein falsches Bild der Wirklichkeit ergeben. (Zu dieser Frage sei auf die Aussage Horkheimers im Fernsehen hingewiesen, dass nach einer von ihm und Th. Mann initiierten Erhebung die Katholiken am ehesten den bedrohten Juden zu Hilfe gekommen seien.) Dass tatsächlich die Parteinarbeit für die Juden im Laufe der Zeit in dem Masse zunahm, wie eben diese Bedrängnis gröbere Formen annahm, hat bereits die Rezension des ersten Witetschek-Bandes herausgestellt (vgl. FR XVIII/1966 S. 148).

Trotz oder gerade auch unter Berücksichtigung dieser kritischen Bemerkung zeigen diese Berichte das Vorhandensein einer christlichen Volksopposition, mag man auch andere Bezeichnungen statt »Volksopposition« bevorzugen, ob man nun von »Innerem Widerstand«, »Innerer Emigration« oder »Widerstehen« spricht, immer ist dasselbe gemeint: die Feindschaft diesem Regime gegenüber.

Bernd Wittschier, Sinzig

² S. o. S. 124 f. (Anm. d. Red. d. FR).